

Nikolas R. Dörr

„Marshall, Adenauer und die Freiheit in Europa“

Vortrag für die George-Marshall-Gesellschaft

George-Marshall-Haus an der Konrad-Adenauer-Schule, Kriftel, 19.6.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute ist ein guter Tag, um sich mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen zu beschäftigen. US-Präsident Barack Obama hat vor wenigen Stunden am Brandenburger Tor die Rede anlässlich seines Staatsbesuchs gehalten und vor fast genau fünfzig Jahren – am 26. Juni 1963 – sprach John F. Kennedy vor dem Schöneberger Rathaus seine berühmten Worte „Ich bin ein Berliner“.

„Adenauer, Marshall und die Freiheit in Europa“ – Das ist ein umfassendes Thema. Mit Konrad Adenauer und George C. Marshall geht es um zwei der weltweit wichtigsten Politiker der Nachkriegszeit. Über beide sind zahlreiche Publikationen erschienen: Monografien, Sammelbände, sogar Bildbände, von der Vielzahl von Artikeln in wissenschaftlichen und journalistischen Medien ganz zu schweigen.

Ich werde mich in meinem Vortrag auf die direkte Nachkriegszeit konzentrieren, dem Höhepunkt des Schaffens beider Politiker. Sie sehen Konrad Adenauer, erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland ab 1949 und Vorsitzender der CDU von 1950 bis 1966, als „Man of the Year“ des Time Magazines 1953 mit einer sehr schönen Symbolik im Hintergrund: Aus der nach dem verlorenen Weltkrieg zerschlagenen deutschen Eiche wächst langsam, aber stetig ein neues Pflänzlein, vor allem ökonomisch gesehen. Der zweite Protagonist des heutigen Abends ist George Catlett Marshall, Oberbefehlshaber der US-Armee im Zweiten Weltkrieg, parteilich ungebundener Außenminister zwischen 1947 und 1949 sowie Verteidigungsminister 1950 bis 1951. Sein sicherlich bekanntestes Vermächtnis ist das *European Recovery Program*, das umgangssprachlich seinen Namen trägt und als Marshallplan bekannt ist. Ich werde später detailliert darauf eingehen.

Geprägt waren die Nachkriegsjahre vom beginnenden Kalten Krieg, der sich insbesondere auf das seit der Potsdamer Konferenz de facto und seit 1949 auch de jure geteilte Deutschland in extremem Maße auswirken sollte. Unter dem Signum der so genannten *Containment Policy* versuchten die Vereinigten Staaten seit 1947 die Verbreitung

des Kommunismus aktiv aufzuhalten oder besser gesagt, wie es die wörtliche Übersetzung des Begriffes *Containment* hergibt, einzudämmen. Die *Containment*-Politik kann als direkte Reaktion auf die Bestrebungen der Sowjetunion gesehen werden, den Einfluss des Kommunismus in der Nachkriegszeit insbesondere in Osteuropa und Asien auszudehnen. In späteren Jahren spielten bekanntlich auch die Schauplätze Afrika, der Nahe Osten, Lateinamerika und die Karibik eine bedeutende Rolle.

Die *Containment*-Politik setzte sich in der direkten Nachkriegsphase in den USA gegenüber der radikaleren Variante des so genannten „*Rollback*“ durch. Wie der Name andeutet sollte diese Strategie nicht nur eine Eindämmung der kommunistischen Machtsphäre bewirken, sondern eine offensive Zurückdrängung des Kommunismus verfolgen. Dies hätte im Endeffekt auch eine militärische Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses in Osteuropa bedeutet – eine in der Praxis kaum durchführbare Politik.

Der Begriff des *Containment* geht ursprünglich auf den damaligen US-Diplomaten George F. Kennan zurück. Im Februar 1946 sandte Kennan, seinerzeit Diplomat an der amerikanischen Botschaft in Moskau, eine lange Analyse der sowjetischen Zielsetzungen an das US-Außenministerium.¹ Dieses in der Forschung „*long telegram*“ genannte Schreiben beinhaltete die Forderung nach einer deutlichen Eindämmungspolitik, um der sowjetischen Expansion Grenzen zu setzen. Kennan hatte sich dabei an dem Konzept des „*Cordon sanitaire*“ orientiert. Erstmals hatte sich nach der russischen Oktoberrevolution 1917 der französische Präsident Georges Clemenceau im März 1919 für einen solchen „*cordon sanitaire*“, also einen Gürtel nichtkommunistischer Staaten um Russland bzw. kurze Zeit später die Sowjetunion ausgesprochen. Dieser „*cordon sanitaire*“ sollte eine Ausbreitung des Kommunismus verhindern. Dieser Politik schlossen sich die meisten Staaten Westeuropas und auch die USA an. Erst mit dem Aufstieg Adolf Hitlers zum Reichskanzler vor fast genau 80 Jahren rückten die meisten westlichen Staaten von dieser Position ab und suchten eine Annäherung an die Sowjetunion. Nach Ende des Krieges kehrten die USA jedoch rasch wieder zur nunmehr „*Containment*“ genannten Strategie der Eindämmung des Kommunismus zurück.

Der nach dem Tod des populären US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt am 12. April 1945 zum neuen Präsidenten vereidigte Harry S. Truman wurde zu einem deutlichen Befürworter der *Containment*-Politik und setzte diese auch gegen prominente Widerstände durch. So sprach sich beispielsweise der damalige Oberbefehlshaber des Heeres und landesweit anerkannte Kriegsheld Dwight D. Eisenhower für die radikalere Variante des

¹ <http://www.gwu.edu/~nsarchiv/coldwar/documents/episode-1/kennan.htm>

„*Rollback*“ aus. Allerdings ist zu beachten, dass auch Eisenhower, nachdem er am 4. November 1952 zu Trumans Nachfolger im Präsidentenamt gewählt worden war, die Politik der Eindämmung beibehielt und nicht, wie es die *Rollback*-Doktrin verlangt hätte, den Volksaufstand gegen die kommunistische Diktatur in Ungarn 1956 militärisch unterstützte.

Auch für die folgenden US-Präsidenten während des Kalten Krieges blieb *Containment* die zentrale Strategie im Umgang mit der Sowjetunion. Modifiziert wurde die Strategie des *Containment* vor allem in der Phase der Entspannungspolitik in den 1970er-Jahren unter Nixon, Ford und Kissinger sowie durch eine offensivere Politik, die wiederum Elemente des *Rollback* aufnahm, unter US-Präsident Ronald Reagan ab Anfang der 1980er-Jahre.

Unter Truman begann die Operationalisierung des *Containment* durch die Verkündung der so genannten Truman-Doktrin. In seiner Rede vor beiden Kammern des amerikanischen Parlaments, also dem Senat und dem Repräsentantenhaus, erläuterte Truman den Zweck der *Containment*-Politik. Ich zitiere Präsident Truman aus seiner Rede vor dem Kongress am 12. März 1947:

„Zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Weltgeschichte muss fast jede Nation zwischen alternativen Lebensformen wählen. Nur zu oft ist diese Wahl nicht frei. Die eine Lebensform gründet sich auf den Willen der Mehrheit und ist gekennzeichnet durch freie Institutionen, eine repräsentative Regierungsform, freie Wahlen, Garantien für die persönliche Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit von politischer Unterdrückung. Die andere Lebensform gründet sich auf den Willen einer Minderheit, den diese der Mehrheit gewaltsam aufzwingt. Sie stützt sich auf Terror und Unterdrückung, auf die Zensur von Presse und Rundfunk, auf manipulierte Wahlen und auf den Entzug der persönlichen Freiheiten. Ich glaube, es muss die Politik der Vereinigten Staaten sein, freien Völkern beizustehen, die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen. Ich glaube, wir müssen allen freien Völkern helfen, damit sie ihre Geschicke auf ihre Weise selbst bestimmen können. Unter einem solchen Beistand verstehe ich vor allem wirtschaftliche und finanzielle Hilfe, die die Grundlage für wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Verhältnisse bildet [...] Die freien Völker der Welt rechnen auf unsere Unterstützung in ihrem Kampf um die Freiheit. Wenn wir in unserer Führungsrolle zaudern, gefährden wir den Frieden der Welt - und wir schaden mit Sicherheit der Wohlfahrt unserer eigenen Nation.“²

² http://avalon.law.yale.edu/20th_century/trudoc.asp

In dieser Rede verlangte der Präsident vom Kongress die Bewilligung von 400 Millionen US-Dollar Soforthilfe für die Unterstützung antikommunistischer Maßnahmen in Griechenland und der Türkei. Vor allem in Griechenland hatten die Kommunisten einen Bürgerkrieg mit sowjetischer und jugoslawischer Unterstützung begonnen.

Neben der Tatsache eines offensichtlichen sowjetischen Expansionsdrangs trug eine innenpolitische Tatsache zur Entstehung der Truman-Doktrin bei. In den Wahlen von 1946 hatte die republikanische Partei die Mehrheit im Kongress erobert. Truman, wie sein Vorgänger Roosevelt, Mitglied der Demokratischen Partei, musste nun in seiner Außen- und Sicherheitspolitik auf die Republikaner zugehen, um weiterhin Mehrheiten im Parlament für seine Politik zu erhalten. Eine härtere Haltung gegenüber dem Sowjetkommunismus war daher angebracht.

Nicht zuletzt war der Wandel hin zur *Containment*-Politik unter Truman auch dem Druck der westeuropäischen Verbündeten geschuldet. Die britische Regierung, finanziell durch den Krieg massiv angeschlagen, machte deutlich, dass sie die Kosten für eine Unterstützung des antikommunistischen Widerstands in Griechenland nicht mehr lange werde tragen können. Die US-Regierung müsse daher die Rolle als westliche Schutzmacht in Europa übernehmen.

In den Folgemonaten und -jahren initiierte die Truman-Administration eine Reihe von Maßnahmen im Sinne der Strategie des *Containments*. Eine maßgebliche Rolle spielte dabei der im Januar 1947 von Truman zum Außenminister berufene Weltkriegsheld George C. Marshall. Unter Federführung von Marshall wurde das *European Recovery Program* entwickelt. Und im April 1949 wurde mit der NATO ein gegenseitiges, militärisches Verteidigungsbündnis der westlichen Staaten etabliert.

Eine zentrale Rolle für die Implementation der *Containment*-Politik spielte die unter Truman eingeleitete Neustrukturierung der sicherheitspolitischen Institutionen. Mit dem *National Security Act* vom Juli 1947 wurde der Nationale Sicherheitsrat mit der Position des Nationalen Sicherheitsberaters des Präsidenten geschaffen, die bis dato separaten Ministerien für die Marine, das Heer und die Luftwaffe wurden in einem Verteidigungsministerium zusammengefasst und die *Central Intelligence Agency* (CIA) wurde als neuer Auslandsgeheimdienst gegründet. Letztere sollte vor allem Aufklärungsarbeit über kommunistische Infiltrationsbemühungen liefern und entsprechende Gegenmaßnahmen in den jeweiligen Nationen unterstützen.

Die ersten Aktionen der mit dem *National Security Act* im September 1947 neugegründeten CIA betrafen Maßnahmen gegen den wachsenden Einfluss der Kommunisten

in zwei südeuropäischen Staaten: Italien und Griechenland. Für beide Nationen stellte die US-Regierung auch Pläne für ein militärisches Eingreifen auf, falls die Kommunisten dort die Macht an sich reißen würden. Unklar war die Haltung im Falle eines Sieges der kommunistischen Parteien in demokratischen Wahlen – nach dem Krieg eine durchaus realistische Möglichkeit. Nach dem Krieg erreichten vor allem die großen kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens relativ hohe Wahlergebnisse. Beide waren Massenparteien, die im französischen Fall nach dem Krieg knapp 400.000 Mitglieder, im italienischen Fall sogar knapp 2 Millionen Mitglieder hatten. Die Kommunistische Partei Italiens war seinerzeit die mitgliederstärkste Partei in ganz Westeuropa. Auch in Belgien, den Niederlanden, Island, Norwegen, Dänemark, Finnland, San Marino, Luxemburg und im Freien Territorium Triest erhielten die Kommunisten zwischen 1945 und 1950 über 10 Prozent der Stimmen. Nur in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, der Schweiz, Schweden, Irland und Großbritannien gewannen die kommunistischen Parteien weniger als 10 Prozent der Wählerstimmen in den ersten Nachkriegswahlen. Von den demokratischen Staaten Westeuropas war einzig und allein in Irland nach den ersten Nachkriegswahlen keine kommunistische Partei im Parlament vertreten. In Frankreich hatte es in der ersten Nachkriegswahl im Oktober 1945 sogar den Fall gegeben, dass die Kommunistische Partei zur stärksten Partei des Landes gewählt wurde. Aber in Frankreich, so war man sich im US-Außenministerium einig, konnte man nicht die gleichen Einflussmaßnahmen wie in Italien und Griechenland umsetzen. Nachdem infolge der US-amerikanischen Unterstützung der griechische Bürgerkrieg zugunsten der bürgerlichen Parteien entschieden worden war, stellte Italien die Hauptgefahr für eine kommunistische Machteroberung in Westeuropa dar. Für Italien stellte das US-Außenministerium unter Führung von George Marshall daher Planungen für ausgiebige Unterstützungsleistungen der nicht-kommunistischen Parteien auf, die ab 1947 auch vehement umgesetzt wurden.

Am stärksten profitierte hiervon die *Democrazia Cristiana*, die Christdemokratische Partei Italiens, unter Alcide De Gasperi, einem engen Freund Adenauers. Die Maßnahmen der US-Regierung, die teils offen, teils verdeckt durch die entsprechenden Nachrichtendienste stattfanden, zeigten Erfolg. Hatte die CIA Ende 1947 noch einen Wahlsieg der Volksfront aus Kommunistischer und Sozialistischer Partei für die italienischen Parlamentswahlen im April 1948 prognostiziert, kam es am Wahltag zu einer absoluten Mehrheit der Christdemokraten. Sie sehen hier ein paar besonders schöne Exemplare von Wahlplakaten der *Democrazia Cristiana*: Auf dem linken Plakat zerbricht die sowjetische Flagge die italienische Trikolore und damit symbolisch den italienischen Staat. In der Mitte heißt es: „Mutter, rette deine Kinder vor dem Bolschewismus, wähle christdemokratisch!“ und besonders schön ist das

rechte Plakat, das auf die enge Verzahnung von *Democrazia Cristiana* mit dem Vatikan verweist: „Nel segreto della cabina elettorale: Dio ti vede, Stalin no“ = „Im Geheimnis der Wahlkabine sieht dich Gott, aber nicht Stalin.“

Wenn sie mal Don Camillo und Peppone gesehen haben, können sie sich vorstellen, dass dieser Satz in einem zutiefst katholischen Staat Eindruck hinterlassen hat. Der massive Medieneinsatz war vor allem durch die US-amerikanischen Gelder ermöglicht worden. Man muss dazu bemerken, dass seinerzeit, ab den siebziger Jahren änderte sich das etwas, die Kommunistische Partei Italiens ebenfalls hohe Summen für Wahlwerbung aus Moskau erhielt.

Den härtesten Test hatte die *Containment*-Politik jedoch 1950 zu bestehen. Nach dem Ausbruch des Koreakrieges sympathisierte US-Präsident Truman kurzzeitig mit einer *Rollback*-Strategie als die US-Armee nach Nordkorea vordrang, kehrte jedoch nach der chinesisch unterstützten Gegenoffensive wieder zu einem *Containment* zurück und entmachtete den Weltkriegs-Helden General Douglas MacArthur, der sich offen für den Einsatz von Atombomben gegen Maos China eingesetzt hatte. Die Wirkungen der kommunistischen Aggression in Korea sind für die weitere Politik der USA, aber auch der Bundesrepublik, gegenüber dem Kommunismus nicht zu unterschätzen. Mit dem nordkoreanischen Überfall auf Südkorea kam es im Juni 1950 erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg zu einem großangelegten militärischen Versuch, das kommunistische Einflussgebiet auszuweiten. Nachdem der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Resolution 85 den Angriff als völkerrechtswidrig verurteilt hatte, kam es unter Führung der USA zu einem Gegenangriff, um Südkorea zu verteidigen. Möglich war die Resolution nur geworden, weil der sowjetische Vertreter, der ja bekanntlich ein Veto-Recht im Sicherheitsrat hatte, aus Protest der Anerkennung Taiwans als Vertretung Chinas im Sicherheitsrat, die Sitzung boykottiert hatte. Erst 1953 endete der Krieg mit einem Patt. Die USA hatten jedoch deutlich gemacht, dass sie keine Erweiterung des kommunistischen Einflussgebiets dulden würden. In den folgenden Jahren und Jahrzehnten reagierte fast jede US-Regierung mit offenen oder verdeckten militärischen Gegenmaßnahmen, wenn es zu einer kommunistischen Expansion kam. Am bekanntesten dürfte dabei die gescheiterte Invasion in der kubanischen Schweinebucht vom April 1961 sein, die gegen die Castro-Regierung gerichtet war. Aber auch in Afrika – so beispielsweise in Angola –, in Asien, man bedenke den Vietnamkrieg, in Lateinamerika, so unter anderem in Nicaragua, oder in der Karibik, beispielsweise bei der erfolgreichen Invasion des Inselstaats Grenada 1983, reagierte die US-Regierung mit militärischen Gegenmaßnahmen.

Für den Koreakrieg war auch George Marshall reaktiviert worden. Eigentlich hatte sich Marshall, nachdem er 1949 seine Amtszeit als Außenminister beendet hatte, nach *Dodona Manor* in Leesburg zurückgezogen. Als sich eine Niederlage der US-Truppen im Koreakrieg abzeichnete, wurde Marshall auf Bitten von Präsident Truman aus dem Ruhestand zurückgeholt, um das Verteidigungsministerium zu übernehmen. Marshall leitete eine Neustrukturierung des Ministeriums ein, die maßgeblich zur Verhinderung einer Niederlage der US-Truppen beitrug. Viel stärker als mit seiner Leistung im Koreakrieg wird der Name George Marshalls in Europa jedoch mit dem umgangssprachlich nach ihm benannten Marshallplan verbunden.

1947, als George Marshall die Idee eines Wiederaufbauprogramms für Europa verkündete, waren die europäischen Ökonomien in ihrer Leistungsfähigkeit noch deutlich unter dem Vorkriegslevel. Hinzu kam, dass in den drei deutschen Westzonen ca. fünf Millionen Wohnungen oder Häuser zerstört waren, fast zehn Prozent der deutschen Vorkriegsbevölkerung – ca. 6,8 Millionen Menschen – ihr Leben verloren hatten und nun knapp zwölf Millionen Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten und der Sowjetischen Besatzungszone integriert werden mussten.

Bereits in den Jahren vor dem Marshallplan waren knapp vier Milliarden US-Dollar in Form von Nahrungsmitteln und anderen Waren durch die vor allem von den USA finanzierte *United Nations Relief and Rehabilitation Administration* sowie durch private Hilfsorganisationen wie CARE nach Europa geflossen. Weitere 14 Milliarden hatte die US-Regierung bilateral als Kredite vor Beginn des ERP vergeben, den Großteil nach Frankreich und Großbritannien.

Im Juni 1947 verkündete Marshall schließlich die Idee für ein Wiederaufbauprogramm Europas während einer Rede an der *Harvard University*. Innerhalb von kürzester Zeit konnte er die Unterstützung des Präsidenten und beider Parteien für sein Projekt gewinnen. Insgesamt pumpten die USA in den vier Jahren zwischen 1948 und 1952 knapp 13 Milliarden US-Dollar in die daniederliegenden Staaten Westeuropas. Ähnliche hohe Summen gab die US-Regierung auch an asiatische Länder – allerdings nur auf einer bilateralen Ebene. Insbesondere Indien, Indonesien, Japan, Südkorea und die Philippinen sollten mit der Finanzhilfe im westlichen Lager gehalten werden.

Die exakte Wirkung des Marshallplanes auf Deutschland ist unter Historikern umstritten. Wirtschaftshistoriker wie beispielsweise Werner Abelshausen gehen davon aus, dass der Marshallplan nicht ausschlaggebend für das spätere Wirtschaftswunder gewesen sei, dieses aber nachhaltig beschleunigt und verstärkt habe. Dass der Marshallplan viel geholfen

hat, ist jedoch unstrittig. Nichtsdestotrotz spielten weitere Aspekte, so beispielsweise die vergrößerte Nachfrage nach deutschen Exporten während des Koreakrieges, eine Rolle bei der Stabilisierung und dem anschließenden Wachstum der deutschen Wirtschaft.

Mit dem Plan hatte Marshall Lehren aus dem Umgang mit den Verliererstaaten des Ersten Weltkrieges gezogen. Einen zweiten Versailler Vertrag sollte es nicht geben. Auch die Aggressorstaaten, so vor allem Deutschland, mussten wieder aufgebaut werden, wenn man den Frieden auch in Zukunft sichern wollte. Daher hatte sich Marshall auch vehement gegen die im September 1944 von US-Finanzminister Henry Morgenthau artikulierte Idee einer völligen Deindustrialisierung Deutschlands, die das Land zu einem reinen Agrarstaat gemacht hätte, gewandt.

Der Marshallplan verband auf nahezu perfekte Weise einen humanitären Aspekt mit Elementen der *Containment*-Politik. Einerseits sollte den Menschen in den weitgehend zerstörten Gebieten Europas beim Überleben und dem Wiederaufbau geholfen werden. Andererseits sollte der Marshallplan politische Überzeugungskraft gegen den Kommunismus leisten. Selbstverständlich hatte das ERP auch eine innenpolitische Komponente für die USA. Mit der Marshallplanhilfe sollten die westeuropäischen Regierungen und Unternehmen vornehmlich Produkte aus den USA kaufen. Die Vereinigten Staaten schufen mit dem Wiederaufbau Westeuropas somit einen großen Absatzmarkt für die eigene Wirtschaft.

Im Endeffekt wurde jedes der drei genannten Ziele durch den Marshallplan erreicht: Die humanitäre Not wurde gelindert, die westeuropäischen Staaten entschieden sich mehrheitlich gegen den Kommunismus und für die teilnehmenden Staaten erbrachte er ein massives wirtschaftliches Wachstum.

Dass auch die Sowjetunion frühzeitig das Potential des Planes erkannte, zeigt sich daran, dass sie ihren Satellitenstaaten verbot, in das Programm aufgenommen zu werden. Insbesondere Polen und die Tschechoslowakei hatten sich zuvor positiv gegenüber der amerikanischen Initiative gezeigt und wollten an der Pariser Konferenz vom 12. Juli 1947, bei der über die Modalitäten des Marshallplans verhandelt wurde, teilnehmen. Stalin setzte sich jedoch durch und so nahm kein osteuropäischer Staat am Marshallplan teil. Folge der sowjetischen Ablehnung des Marshallplanes war die Aufforderung an die westeuropäischen kommunistischen Parteien, einen Propagandafeldzug gegen das Hilfsprogramm zu führen. Vor allem die großen kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs beteiligten sich aktiv daran. Hier sehen sie einige Auswüchse dieses Kampfes gegen den Marshallplan: Der PCF, also der *Parti Communiste Français*, zeigt hier die USA als gierige Krake mit den Dollarzeichen in den Augen und es prangt der Schriftzug: „La France ne sera pas un pays

colonisé. Les Américains en Amérique!“ („Frankreich wird niemals ein kolonialisiertes Land werden! Die Amerikaner nach Amerika!“). Der PCI, also der *Partito Comunista Italiano*, nutzte ein detailreiches Plakat gegen den Plan mit der Aufschrift: „Piano Marshall...aiuti per la guerra“ („Der Marshallplan, Hilfsgüter für den Krieg“). Sie sehen auf dem Propagandaplakat wie aus der Box mit der US-amerikanischen Flagge Waffen statt Lebensmittel fallen.

Gegenüber ihren Satellitenstaaten arbeitete die Sowjetunion mit Druck und eigenen Hilfsangeboten. Letztlich legte der sowjetische Außenminister ein eigenes Programm als Konkurrenz zum Marshallplan auf. Dieser nach ihm benannte Molotow-Plan, der kurze Zeit später, im Jahre 1949, zum COMECON, dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe der sozialistischen Staaten, führte, entwickelte jedoch nie die positive ökonomische Dynamik des Marshallplans. Die westeuropäischen Staaten hingegen waren mit der Ausnahme des faschistischen Spaniens, Finnlands und der Kleinstaaten Andorra, Monaco, San Marino und Liechtenstein alle am Marshallplan beteiligt. Hierzu zählte auch als eigene Nation das Freie Territorium Triest, das erst 1954 zwischen Italien und Jugoslawien aufgeteilt wurde.

Die 16 westeuropäischen Staaten, die schließlich im Juli 1947 an der Pariser Konferenz teilnahmen - die drei westlichen Besatzungszonen waren übrigens bei der Konferenz in Paris noch nicht vertreten –arbeiteten einen abgestimmten Plan aus, der einen Bedarf von 22 Milliarden US-Dollar vorsah. Präsident Truman musste das Programm im Endeffekt um 5 Milliarden Dollar kürzen, damit die Zustimmung des Kongresses sicher sein würde. Schließlich stimmte die deutliche Mehrheit des Kongresses für das Gesetz namens *European Cooperation Act*. Infolge des Schocks der erzwungenen Sowjetisierung der Tschechoslowakei durch den Februarputsch 1948 und kommunistischer Wahlerfolge in Westeuropa votierte nur ein kleiner Teil der Republikaner, die eine Rückkehr zum Isolationismus der Vorkriegszeit wünschten, und einige linke Demokraten, die vor einer Provokation der Sowjetunion warnten, gegen die Marshallplanhilfe.

Die Staaten Westeuropas profitierten ab Juni 1948 vom *European Recovery Program*, wenn auch in unterschiedlicher Höhe. So bekam Island bis 1951 43 Millionen US-Dollar an Wiederaufbauhilfe, während Großbritannien mit knapp 3,3 Milliarden US-Dollar den Löwenanteil erhielt. Die drei Westzonen bzw. ab Mai 1949 die Bundesrepublik Deutschland erhielten insgesamt 1,45 Milliarden Dollar. Deutschland rangiert damit absolut gesehen auf Platz drei der Nehmerländer nach dem Vereinigten Königreich und Frankreich. Rechnet man die Summen auf die Bevölkerungszahlen um, profitierten Österreich und die Niederlande am stärksten von der Marshallplanhilfe.

Für die Bundesrepublik, die von den kriegsführenden Nationen in Westeuropa, zusammen mit Österreich unter der größten Zerstörung litt, war die Aufbauhilfe von essentieller Bedeutung. Im so genannten Hungerwinter 1946/47 kam es zu ca. 200.000 Hungertoten alleine in den drei Westzonen. Nach einem extrem trockenen Sommer 1946 hatte es massive Ernteauffälle gegeben. Durch die hohe Anzahl toter Soldaten fehlten zahlreiche Arbeitskräfte auf dem Land. Hinzu kam, dass der anschließende Winter zum kältesten Winter Deutschlands im 20. Jahrhundert wurde. Dadurch wurden zahlreiche Wasserstraßen vereist und damit der Transport von Nahrungs- und Heizmitteln unmöglich. In den drei Westzonen kam es zu ersten Hungerprotesten. Diese Situation gefährdete auch die politische Stabilität. Vor allem die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) konnte in Folge des Hungerwinters in den drei westlichen Zonen reüssieren. Erst mit den positiven Wirkungen des Marshallplans ab Mitte 1948 und der sowjetischen Blockade West-Berlins zwischen Juni 1948 und Mai 1949 verlor die KPD im Westen massiv an Einfluss. In der direkten Nachkriegszeit waren die Kommunisten hingegen noch an fast allen westdeutschen Landesregierungen beteiligt, kurzzeitig im Übrigen sogar im konservativen Bayern. 1947/48 verlor die KPD fast alle Regierungsbeteiligungen und verzeichnete teils deutliche Verluste in den Landtagswahlen.

In der ersten Phase der Marshallplanhilfe kauften die Nehmerländer vor allem lebensnotwendige Produkte ein, so vor allem Grundnahrungsmittel, Medikamente, Treibstoff und Kohle. In einer zweiten Phase wurden insbesondere Materialien für den Wiederaufbau gekauft, also Maschinen, Baumaterial und Ähnliches, und in der dritten und letzten Phase mit Ausbruch des Koreakrieges 1950 zunehmend militärische Güter, um den Wiederaufbau der westeuropäischen Armeen zu befördern. Den einzelnen Staaten wurde dabei ein relativ großer Freiraum im Umgang mit der Marshallplanhilfe gelassen. So entschied sich die Bundesregierung unter Kanzler Adenauer dazu, einen Großteil des Geldes als Kredite zu äußerst niedrigen Konditionen auszugeben. Die – wie sich kurze Zeit später herausstellen sollte – äußerst erfolgreiche Idee war es, den privaten Unternehmen auf diese Weise Geld zu leihen, somit die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und später, nach der Rückzahlung der Kredite, durch die Steuern auf Unternehmensgewinne einerseits die finanzielle Basis des deutschen Staates zu verbessern. Und andererseits durch die Zinszahlungen der Kreditnehmer wieder neue Kredite ausgeben zu können. Hierfür wurde in Frankfurt am Main eine eigene Behörde geschaffen. Die heute noch aktive Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) verwaltete diesen Fonds. Andere Regierungen, wie beispielsweise die französische, gaben hingegen die Hilfe größtenteils staatlicherseits für Importe aus.

Dass Deutschland sehr vorsichtig mit der Marshallplanhilfe umging und im Gegensatz zu anderen Staaten, wie eben erwähnt zum Beispiel Frankreich, die Gelder nur in geringem Maße für Direktkäufe nutzte, hing auch damit zusammen, dass die Regierung Adenauer bis 1953 davon ausgehen musste, als ehemaliger Aggressor die gesamte Marshallplanhilfe als Kredit bekommen zu haben und sie somit wieder vollständig zurück zahlen zu müssen. De facto hatten die meisten Staaten den Großteil der Marshallplanhilfe als zinsgünstigen Kredit erhalten, den Rest jedoch als direkte Schenkung der Vereinigten Staaten.

Mit dem Londoner Schuldenabkommen von 1953 wurde Deutschland schließlich ein Drittel der Kredite erlassen und die Bundesregierung musste lediglich 1 Milliarde US-Dollar an die US-Regierung zurückzahlen. Die Bundesrepublik wurde damit in etwa Frankreich und Großbritannien gleich gestellt. Eine äußerst großzügige Regelung, wenn man bedenkt, wer den Krieg begonnen hatte. 1971 hatte die Bundesregierung schließlich die letzte Rate der Marshallplanhilfe an die USA zurückgezahlt.

Bestandteil des Marshallplans war darüber hinaus ein Programm zur Beratung der europäischen Regierungen durch technische Experten aus den USA sowie ein Austauschprogramm, das bis 1952 24.000 Ingenieure, Unternehmer, Verwaltungs- und Wirtschaftsexperten aus Westeuropa in die USA kommen ließ. Dieser Austausch an Know-how war mit vergleichsweise niedrigen Kosten verbunden und erbrachte einen großen wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Fortschritt für die westeuropäischen Staaten.

Eine geringe Summe des Marshallplans wurde darüber hinaus in Werbemaßnahmen investiert. Diese sollten zum einen die Akzeptanz des Planes steigern, zum anderen politische Botschaften vermitteln: So vor allem Antikommunismus und Freihandel propagieren.

1953 bekam George Marshall vor allem für den Wiederaufbau Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg den Friedensnobelpreis verliehen, 1959, kurz vor seinem Tode, zusätzlich den renommierten Karlspreis der Stadt Aachen für seine Leistungen im Hinblick auf die Einigung Europas.

Nachdem US-Präsident Truman am 3. April 1948 das Gesetz unterzeichnet hatte, welches das *European Recovery Program* in Gang setzte, wurde auf amerikanischer Seite die *Economic Cooperation Administration* als Institution zur Verwaltung des Marshallplanes geschaffen. Auf europäischer Seite übernahm die OEEC, die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Verwaltung des Programms. 1961 wurde sie in die heute noch existierende OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, umgewandelt. Hier zeigt sich eine weitere Zielsetzung des Marshallplanes. Mit der Gründung der OEEC wurde 1948 eine erste Institution geschaffen, in der die

westeuropäischen Staaten gemeinsam ihre Politik abstimmen mussten. Somit wurde durch das *European Recovery Program* ein erster Schritt zur europäischen Integration gelegt. Eine Entwicklung, die kurze Zeit später mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1951 und vor allem 1957 mit den Römischen Verträgen unter maßgeblicher Beteiligung Konrad Adenauers intensiviert wurde.

In Westdeutschland schuf die Regierung Adenauer ein eigenes Ministerium für die Abwicklung des Marshallplans. Der FDP-Politiker und Vizekanzler Franz Blücher wurde Bundesminister für Angelegenheiten des Marshallplanes. Das Ministerium erfuhr mehrere Umbenennungen und wurde erst 1969 als Bundesschatzministerium aufgelöst.

Konrad Adenauer war am 15. September 1949 mit nur einer Stimme Mehrheit, bekanntlich seiner eigenen Stimme, zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Eine strikte Linie gegen die Ausbreitung des Kommunismus trug mit zu dem knappen und überraschenden Wahlsieg von CDU/CSU in der ersten Bundestagswahl bei. Noch Ende 1948 hatte die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Kurt Schumacher, der von insgesamt 11 Jahren Haft und Folter in nationalsozialistischen Konzentrationslagern körperlich gezeichnet war, in Wahlumfragen deutlich vorne gelegen. Am Wahlabend konnten CDU/CSU jedoch einen Vorsprung von 1,8 Prozentpunkten auf die SPD verbuchen. Zusammen mit der FDP und der Deutschen Partei konnte Adenauer somit die erste Bundesregierung bilden. Dieser erste, noch recht unübersichtliche Bundestag umfasste elf Parteien, darunter auch Exoten wie den Südschleswigen Wählerverband oder die Bayernpartei. Mit der Ausweitung der 5-Prozent-Hürde auf die Bundesebene und der Konsolidierung des Parteiensystems reduzierte sich diese Anzahl nach den Bundestagswahlen 1953 auf 7 Parteien. CDU/CSU hatten in dieser Wahl ihr Ergebnis um 14-Prozentpunkte steigern können und bildeten erneut eine Regierung mit der FDP, der Deutschen Partei sowie dem Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten. Die Kommunistische Partei Deutschlands befand sich 1953 bereits im Niedergang und verpasste mit lediglich 2,2 Prozent der Stimmen den Wiedereinzug in den Bundestag.

Die Wahlen von 1957 stellten den Höhepunkt der Popularität Adenauers dar. Zum ersten und bislang einzigen Mal in der Geschichte der Bundesrepublik schaffte eine Partei die absolute Mehrheit. Mit 50,2 Prozent hatte sich jeder zweite Wähler für CDU/CSU entschieden. Aus taktischen Gründen bildete Adenauer jedoch eine Koalition mit der Deutschen Partei, deren Abgeordnete und Mitglieder bis 1960 fast vollständig der CDU beitraten.

Adenauer verstand es in diesen Wahlkämpfen, sich als Garant des wirtschaftlichen Aufschwungs zu präsentieren. Dabei bildete er bekanntlich mit seinem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard ein äußerst populäres Duo. Mit dem ab Anfang der 1950er Jahre einsetzenden, massiven Wachstum im Zuge des Wirtschaftswunders war das Gespann Adenauer/Erhard nur schwerlich anzugreifen. Gleichzeitig konnte Adenauer mit einem dezidierten Antikommunismus in der breiten Masse reüssieren. Die genannten Wahlkämpfe zeigten Adenauer nicht nur als Verteidiger der ökonomischen, sondern vor allem der politischen Freiheit Westdeutschlands. Sie sehen hier einige prominente Beispiele an Wahlplakaten. Unverkennbar sind die Rote Hand als Symbol des Kommunismus, das Brandenburger Tor als Mahnmal der Teilung Deutschlands und der Hinweis, dass alle Wege des Marxismus nach Moskau führen werden. Dass Adenauer in diesen Wahlkämpfen nicht davor zurückschreckte, die Sozialdemokratische Partei zeitweise in die Nähe von Kommunisten zu rücken, steht außer Frage. Doch auch personelle und programmatische Versäumnisse der SPD trugen mit zu den Wahlniederlagen bei. Ich erinnere nur an Kurt Schumachers Einschätzung vor der Wahl des Präsidenten des Parlamentarischen Rates, dass Adenauer deutlich zu alt sei, um anschließend noch ein politisches Amt anzustreben. Man könne ihn daher als Präsidenten mitwählen. Dass Adenauer für insgesamt 14 Jahre Regierungschef bleiben sollte, erschien Schumacher 1948 noch völlig utopisch.

Ereignisse wie der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR – vor zwei Tagen wurde an den 60. Jahrestag dieses Ereignisses erinnert –, der Koreakrieg, die Niederschlagung des Aufstands in Ungarn 1956 und schließlich der Mauerbau im August 1961 untermauerten Adenauers Position gegenüber dem Kommunismus. Die Mehrheit der Wähler zweifelte nicht an dem Kurs der Westbindung, der Wiederbewaffnung und dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik im Jahre 1955. Zusammen mit Politikern wie Charles de Gaulle und Alcide De Gasperi legte Adenauer die Grundlage für die Aussöhnung des deutschen Volkes mit seinen europäischen Nachbarn. Dass der Marshallplan die Grundlagen hierfür legte, hat Adenauer nie vergessen. In seinen Memoiren schrieb er darüber: „Ohne amerikanische Hilfe war ein Wiederaufbau Deutschlands nicht möglich, aber ebenfalls nicht ohne unsere eigene Mitarbeit, unser Vertrauen und unseren eigenen Willen zum Wiederaufbau. Das deutsche und das europäische Interesse waren völlig identisch, und ich begrüße sehr, dass Marshall in der Begründung seines Vorschlages, die deutsche Frage als ‚das Herzstück der europäischen Frage‘ bezeichnet hatte.“³ Dass der Beitrag des Marshallplans nicht vergessen wird, dazu leisten nicht nur ab und an Gedenkbriefmarken ihren Teil, sondern auch Institutionen wie die

³ Konrad Adenauer: Erinnerungen, Band 1, 1945-1953, Stuttgart 1965, S. 122.

George-Marshall-Gesellschaft. Es hat mich daher besonders gefreut, heute, als erster Marshall-Stipendiat der Gesellschaft, diesen Vortrag halten zu dürfen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

Quellen und Literatur:

Werner Abelshauer: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart, 2. überarb. und erw. Auflage, München 2011.

Konrad Adenauer: Erinnerungen, 4 Bände, Stuttgart 1965-1968.

Konrad Adenauer: Briefe über Deutschland. 1945-1951 (bearbeitet von Hans Peter Mensing), Berlin (West) 1986.

Greg Behrman: The most Noble Adventure. The Marshall Plan and the Time when America helped save Europe, New York 2007.

Wolfgang Benz: Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 1992.

Robert Dallek: Harry S. Truman, New York 2008.

Nikolas Dörr: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Parlamentarischen Rat 1948/1949. Eine Betrachtung der SPD in den Grundgesetzberatungen vor dem Hintergrund der ersten Bundestagswahl 1949, Berlin 2007.

Nikolas Dörr: Der Eurokommunismus als sicherheitspolitisches Problem für die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika am Beispiel des Partito Comunista Italiano (PCI), in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 45-46/2009, S. 45-49.

Chiarella Esposito: America's feeble Weapon. Funding the Marshall Plan in France and Italy, 1948-1950, Westport (Conn.) 1994.

Ulrich Frank-Planitz: Konrad Adenauer. Eine Biographie in Bild und Wort, Stuttgart 1990.

John Lewis Gaddis: The Cold War. A new History, New York 2005.

Ronald J. Granieri: The Ambivalent Alliance. Konrad Adenauer, the CDU/CSU, and the West, 1949-1966, New York 2003.

Henning Köhler: Adenauer. Eine politische Biographie. Berlin 1994.

Forrest C. Pogue: George C. Marshall, 4 Bände, New York 1963-1987.

Hans-Peter Schwarz: Adenauer, 2 Bände, Stuttgart 1986, 1991.

Mark A. Stoler: George C. Marshall. Soldier-Statesman of the American Century, Boston 1989.

Charles Williams: Adenauer. The father of the new Germany, London 2000.